

13. Sitzung des Bundesrates vom 27. Februar 1948.

- Vorsitz: Herr Vizepräsident Nobs.
- Abwesend: Herr Bundespräsident Celio (amtlich)
- Protokollführer: HH. Leimgruber und Weber.
- Beginn: 9 Uhr 5. Schluss: 11 Uhr 25.

1. Schriftliche Anträge des EMD.

- Wegen amtlicher Beanspruchung von Herrn Kobelt werden die Anträge des EMD zuerst behandelt:

Begnadigungsgesuche Leva, Berger, Hänni, Python, NA

Unbrauchbarmachung von Betrieben und Warenvorräten im Kriegsfall, NA

Kleine Anfrage Nicole vom 15. Dezember 1947.

- Hr. v. Steiger: In der Antwort wird bestritten, dass eine Verbindung der Liga Aubert mit den öffentlichen Diensten des Bundes bestand. M.E. hat es keinen Sinn, das zu bestreiten. Man sollte die Antwort noch zurücklegen, damit die Bundesanwaltschaft Gelegenheit erhält, dazu Stellung zu nehmen.

- Hr. Nobs: Man sollte in der Antwort betonen, dass unsere Bundesbehörden von allen Seiten Mitteilungen bekommen haben in den Kriegsjahren, und dass sie diese Mitteilungen zur Kenntnis genommen und geprüft haben. Wertvoll wird auch der Hinweis sein, dass der Bundesrat darüber schon einmal Auskunft gegeben hat.

Hr. Petitpierre: Man sollte sich bestimmter und kategorischer ausdrücken.

- Hr. Nobs: Das Justiz- und Polizeidepartement wird einen neuen Antrag vorlegen in Verbindung mit dem EMD.

2. Politische Angelegenheiten.

Die Lage in der Tschechoslowakei.

- Hr. Petitpierre: Die Regierung ist in den Händen der Kommunisten. Benesch will weg. Er wird die Armee von ihren Eiden auf seine Person entlasten. Die Nationalisierung erstreckt sich nun auf alle, auch auf die Schweizer. Die diesbezüglichen Abkommen zwischen der Schweiz und der Tschechoslowakei werden nicht mehr ratifiziert werden. Der tschechische Gesandte in der Schweiz, Herr Minister Andrial, wird durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden.

- Hr. v. Steiger: Wir haben in der letzten Sitzung beschlossen, bei Erteilung von Visa an Tschechen, die in der Schweiz Asyl suchen wollen, weitherzig zu sein. Der schweizerische Gesandte in Prag hat mir geschrieben, wie er sich verhalten solle. Er spricht sich eher im gegenteiligen Sinne aus. Ich ersuche das Politische Departement, mir die Weisungen, die es dem Gesandten erteilt hat, in zweifacher Ausfertigung zu Händen der Fremdenpolizei zuzustellen.

Hr. Petitpierre: Zur Zeit sind wir hier ganz ohnmächtig. Wir müssen den Gesandten auf eigene Verantwortung handeln lassen.



Demission des rumänischen Gesandten.

Hr. Petitpierre: Ich hatte den Besuch des rumänischen Gesandten, Herrn Minister Boeue. Er erklärte mir, dass die sozialistische Partei, der er angehört, nicht mehr in der Regierung vertreten sei. Er könne bei einer kommunistischen Regierung nicht mehr bleiben. Er habe demissioniert und bitte um ein Asyl in der Schweiz. Nach einem Telegramm aus Bukarest ist die Demission von Herrn Boeue angenommen worden. Als Chargé d'affaire wird bis auf weiteres Hr. Melinescu amten.

Verhandlungen mit Washington.

Hr. Petitpierre: Die Amerikaner wollen die Guthaben ausländischer Gläubiger von Schweizer Banken, die ihre Abgaben an den amerikanischen Staat nicht entrichtet haben, verwenden für die Finanzierung des Marshallplanes. Wir sollten wenigstens soweit nicht nachgeben, als den Begehren, die Namen dieser Leute bekannt zu geben, nicht entsprochen werden sollte. Die Situation ist für uns deshalb schwierig, weil die Moral nicht ganz auf unserer Seite steht. Wir dürfen nicht den Anschein erwecken, wie wenn die Defraudanten gegenüber ihren eigenen Ländern schützen wollten. Ich habe die Bankiervereinigung gebeten, mir einen Plan vorzulegen.

Beziehungen zu Frankreich.

Hr. Petitpierre: Wir wollten auf den 1. März diese Guthaben deblockieren. Frankreich hat protestiert und eine Besprechung mit der schweizerischen Regierung gewünscht. Gestern war eine solche Besprechung. Solange die Verhandlungen nicht beendet sind, wird die Deblockierung nicht durchgeführt. Wenn wir uns nicht einigen können, werden wir einseitig die Deblockierung verfügen. Frankreich möchte, dass mit der Deblockierung bis zum 9. März gewartet wird bis zur Anpassung des Handelsvertrages an die neue Situation. Sie machen uns vermutlich bei der Deblockierung Schwierigkeiten, um Konzessionen beim Handelsvertrag zu erreichen.

Beschluss: Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Bericht. Man soll das Ergebnis der Verhandlungen abwarten, aber die Wartezeit kurz bemessen.

Arbeitsgruppe für den Marshallplan.

Hr. Petitpierre: Am 10. März soll in Paris eine Konferenz stattfinden für die Begründung einer gemeinsamen Organisation der 16 Länder, die beim Marshallplan mitmachen. Die Schweiz wird durch ihre Gesandtschaft vertreten sein. Das Programm sieht lediglich die Schaffung einer Arbeitsgruppe vor. Wir sollten uns auf die Erklärung beschränken, dass wir der Bildung dieser Gruppe zustimmen und dass wir mitarbeiten wollen. Bisher haben sich alle Regierungen im positiven Sinne ausgesprochen. Ich ersuche Sie, mich zur Antwort zu ermächtigen, dass die Schweiz an dieser Arbeitsgruppe teilnehmen wird. In einer späteren Versammlung sollen dann die Vorschläge der Arbeitsgruppe genehmigt werden.

Beschluss: Der Bundesrat ist einverstanden.

Einreise von Gräfin Ciano in die Schweiz.

Hr. Petitpierre: Die Gräfin Ciano möchte als Touristin in die Schweiz kommen. Meine Auffassung ist die, dass wir ihre Einreise als unerwünscht erklären.

Hr. v. Steiger: Ich bin gleicher Ansicht. Ich habe Frau Gräfin Ciano interpellieren lassen, ob sie sich in der Art und Weise über die Schweiz geäußert habe, wie das im bekannten Interview geschildert worden sei. Sie erklärte, das sei eine ganz entstellte Darstellung, die sie ablehne.

3. Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches: Vo über die Untersuchung der den Rhein bei Basel befahrenden Schiffe.

Verzicht der Schweiz auf die ihr zustehende Liquidationsquote aus dem intergouvernementalen Komitee für die Flüchtlinge.

Agrément für Minister Secrétan in Kairo.

Agrément für Minister Zurlinden in Moskau.

Agrément für Minister Torrenté in London.

Geschäftsbericht der schweiz. Gesandtschaft in Bayrouth 1947.

Geschäftsbericht der schweiz. Gesandtschaft in Stockholm 1947.

Wahl des André Petitmermet zum schweiz. Konsul in Marseille.

Inneres: Stiftung zur Förderung der schweiz. Volkswirtschaftl. Kommission.

Kleine Anfrage Frei vom 17. Dezember 1947.

Justiz u. Polizei: Mitteilung kantonaler Strafentscheide auf dem Gebiete des Ausverkaufswesens.

Volksbegehren für die Rückkehr zur direkten Demokratie:

Hr. v. Steiger: Die nationalrätliche Kommission hat im Zusammenhang mit diesem Geschäft ein Postulat gestellt, in welchem der Bundesrat ersucht wird zu prüfen, ob nicht die im Bundesgesetz vom 27. Januar 1892 angesetzte Jahresfrist für die Stellungnahme der Bundesversammlung zu Initiativbegehren angemessen zu verlängern sei und ob nicht die Möglichkeit geschaffen werden könne, gegenstandslos gewordene Initiativbegehren ohne Abstimmung des Volkes durch die eidgenössischen Räte zu erledigen.

Hr. Etter: Man sollte auch die Frage studieren, ob man in Zukunft nicht bei jedem Initiativbegehren prüfen sollte, ob es sich überhaupt um eine Verfassungsinitiative handle und nicht vielmehr um eine Gesetzesinitiative, die wir beim Bund nicht kennen. Auf die letztere sollte man gar nicht eintreten.

Beschluss: Die Angelegenheit geht zur Prüfung an das Justiz- und Polizeidepartement. Erfindungspatente, Abschluss von Abkommen zur Aufhebung des örtlichen Ausführungszwanges.

Beschwerde Alfred Grom.
Kleine Anfrage Schmid Philipp vom 16. Dezember 1947.

Politisches: Ankauf von zwei Liegenschaften für die
 Gesandtschaft in London.

Finanz u. Zoll: Herabsetzung des Personalbestandes und
 Ausgaben für die Bundeszentralverwaltung.

Hr. Etter: Ich habe den Eindruck, dass man gerade mit diesen Massnahmen die Arbeit in den Abteilungen erhöht. Wenn eine Abteilung durchleuchtet wird, bedingt das eine grosse Untersuchung und Berichte. Die Kommission der Sparexperten soll dann nochmals das gleiche machen. Dann beginnt die Belastung der Abteilung aufs neue.

Eine weitere Quelle der Arbeitsvermehrung sind die Anfragen internationaler Organisationen, die eine unglaubliche Beanspruchung der Verwaltung mit sich bringen.

Dritte Quelle ist der enorme Briefwechsel mit dem Finanzdepartement. Mit mündlichen Besprechungen könnte man vielfach mehr erreichen.

Ich mache dem Antrag keine Opposition, stelle aber fest, dass eine Entlastung möglich wäre, wenn man allgemein weniger schreiben würde.

Hr. v. Steiger: Ich möchte feststellen, dass wir keine Unordnung gehabt haben.

Ein gut geführtes Departement wird so geführt, dass man nachher nicht mehr viel Sparvorschläge zu machen hat.

Man soll die Sache nicht so darstellen, wenn man erst jetzt angefangen hätte zu sparen. Wir haben nicht schlecht gewirtschaftet und haben schon früher abgebaut.

Mit der Formulierung bin ich einverstanden. 1/3 der Arbeit geht verloren mit solchen Wünschen wie kleinen Anfragen und Interpellationen. Das Parlament sollte den Verwaltungsapparat nicht so viel unnötig in Anspruch nehmen.

Hr. Nobs: Ich danke für den Hinweis, dass wir mehr den mündlichen Weg wählen sollten. Die Stellungnahme der eidgenössischen Räte bei den Budgetberatungen hat mich sehr beeindruckt. Die Redner aller Fraktionen haben den Bundesrat mit Peitschen gezüchtigt wegen ungenügenden Sparsinns. In Davos hat mir Herr Klöti von ganz ungeheuerlichen Missständen gesprochen. Er hat erklärt, es gäbe Kanzlisten, die nur eine Stunde im Tage arbeiten.

Die genannte Situation müssen wir doch ernst nehmen. Brauchen wir heute wirklich das doppelte Personal wie vor dem Krieg?

Es liegt uns bei dem Finanzdepartement jede Ueberheblichkeit fern. Es liegt uns vor allem fern zu behaupten, dass man erst jetzt zu sparen anfangt. Wenn einer meiner Mitarbeiter sich ungeschickt geäußert hat, so bedaure ich das.

Hr. Etter: Einer meiner Freunde im Parlament hat mir erklärt, es gäbe in der Bundesverwaltung ein Bureau, in dem sieben sind, die nichts zu tun haben. Dieses Bureau hat der Departementschef aufliegen lassen. Herr Klöti soll auch sagen, wer das ist. Dann kann man die Untersuchungsorgane schicken mit dem Auftrag, die Arbeitsbelastung in der und der Sektion zu untersuchen.

Hr. Nobs: Ich werde Herrn Klöti sagen, er soll mir die Abteilung nennen.

Hr. Rubattel: In den obern Beamtenkreisen hat es nicht zu viel Beamte, dagegen in den untern Kategorien. Ich glaube, dass eine grosse Zahl untergeordneter Beamter es nicht wagt, sich zu äussern. Erste Bedingung ist die Kontinuität der Aktion. Die einzige Möglichkeit um zum Ziele zu kommen ist, dem Personalamt vermehrte Kompetenzen zu geben.

Hr. v. Steiger: Man muss sich hüten, allzusehr zu generalisieren.

Hr. Petitpierre: Das Politische Departement hat durch seine vielen neuen Aufgaben eine Arbeitsvermehrung von 250 % erfahren. Es besteht ein Gegensatz zwischen dem Willen der Oeffentlichkeit rasch bedient zu werden und dem Verlangen nach Abbau. Für die Erzielung von Einsparungen ist es auch notwendig, dass nicht das Publikum Tag und Nacht mit neuen Wünschen zur Verwaltung kommt.

Neue Ein- und Zweirappenstücke.

Wahlen bei der Oberzolldirektion.

Volkswirtschaft: Kleine Anfrage Cottier vom 2. Oktober 1947.
Kleine Anfrage Jaeckle vom 16. Dezember 1947.
Neuordnung des Handelsverkehrs mit Schweden.

3. Umfrage:

Justiz- und Polizeidepartement.

Hr. v. Steiger: Die Anfrage an Herrn Bundesrat Stampfli wegen Vereinfachung in der Verwaltung wird abgehen. Antwort an Edda Ciano ebenfalls.

Politisches Departement Affäre Tarr.

Hr. Petitpierre: Ich hatte mit Herrn Minister Feisst eine Unterhaltung wegen der Affäre Tarr. Er ist immer noch im Gefängnis. Man sollte unsern Minister in die Lage setzen, eine Antwort zu geben.

Hr. v. Steiger: Ich habe heute weitere Berichte erhalten, aus denen man sieht, wie stark kommunistisch durchsetzt die Angelegenheit ist. Ich werde den Wünschen des Herrn Minister Feisst Rechnung tragen.

Hr. Etter: Ich habe den Bericht von Herrn Minister Feisst mit Interesse gelesen. Das Richtige wäre, dass die ungarische Regierung zuerst ihren Minister wieder schicken würde. Es steht Budapest am schlechtesten an, solche ~~Provisionen~~ versuche zu machen. Es ist eine rein kommunistische Agitationsangelegenheit.

Hr. Petitpierre: Man sollte nur Herrn Feisst orientieren.

Washingtoner Abkommen.

Hr. Petitpierre: Amerika teilt mit, dass es kein Verständnis für den Schweizer Standpunkt hat. Wir müssen mit der Schweizer Bankiervereinigung Verhandlungen aufnehmen. Dabei sollten wir fiskalische Verfehlungen nicht decken.

Kantonalschützenfest in Neuenburg.

Der Bundesrat ist damit einverstanden, dass Herr Petitpierre die Einladung annimmt.

Finanz- und ZolldepartementProtokoll der Finanzkommission in Daves.

Hr. Nobs: Das Protokoll steht zur Verfügung. Die Fragen, zu denen Stellung zu nehmen ist, finden sich auf Seiten 142 - 145. Wir werden die Frage in Verbindung mit den Departementen neuerdings prüfen.

Vermietung des v. Wattenwylhauses.

Hr. Nobs: Die Wohnung von Herrn Minister Däniker wird frei durch seine Verwendung in Indien. Es sind u.a. vor allem zwei Interessenten, deren Gesuche in Betracht fallen.

Einmal Herr Fürsprech Schaffner, der sich sowohl bei der Baudirektion wie bei der Finanzverwaltung angemeldet hat. Er macht geltend, dass er diese Wohnung benötige, weil er gewisse gesellschaftliche Verpflichtungen habe. Herr Bundesrat Rubattel befürwortet sein Gesuch.

Unter den Bewerbern ist auch ein Herr Boiscier, Sekretär I. Kl. Das Mietamt hat Herrn Boiscier eine Wohnung zugesprochen, die bisher Sitz vom Liceumklub war. Wenn Herr Boiscier keine herrschaftliche Wohnung findet, die ihm zusagt, kann der Liceumklub, dessen Präsidentin Frau Bundesrat v. Steiger ist, diese Räumlichkeiten nicht mehr behalten. Wir suchen nun eine gleichwertige Wohnung für Herrn Boiscier zu finden.

Hr. v. Steiger: Herr Bundesrat Nobs ist äusserst liebenswürdig. Wenn Herr Schaffner wirklich auswärtige Delegationen zu empfangen hat, dann hat er Vorrecht.

- 7 -

Hr. Nobs: Wenn er im ersten Stock empfängt, könnte er das ganz gut machen und wo anders wohnen.

Hr. Petitpierre: Was die Empfänge anbelangt, so ist der erste Stock im v.Wattenwylhaus ausschliesslich für Empfänge eines Bundesrates reserviert.

Nächste Sitzung Dienstag um 9 Uhr.
